

Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl an der Oberstufe am Foorthkamp

Ein Artikel von Aycan Tarhan und Verena Timm Profil 4 / S 3

Die Schülerinnen und Schüler unserer gemeinsamen Oberstufe erhielten am Mittwoch, dem 11. September 2013, die Gelegenheit, sich auf die am 22. September stattfindende Bundestagswahl einzustimmen. Das Profil 4 (PGW/Spanisch) des 12. und 13. Jahrgangs planten und führten Podiumsdiskussionen mit Politikern aller im Bundestag vertretenen Parteien durch, die in Hamburg für das Parlament im Berliner Reichstag kandidieren. So stand ein ganzer Vormittag am Foorthkamp im Zeichen dieses politisch großen Ereignisses.

Von Politikerseite vertreten waren:

Herbert Schulz, Die Linken

Christian Carstensen, SPD

Katharina Fegebank, Die Grünen

Dirk Fischer, MdB, CDU

Sylvia Canel, MdB, FDP

Die Themenschwerpunkte der Diskussion, die sich aus der intensiven Beschäftigung der Schüler mit den Wahlprogrammen der Parteien ergeben hatten, waren:

1. Bildungspolitik
2. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik
3. Finanz- und Steuerpolitik
4. Europa- und Außenpolitik
5. NSA-Datenausspähskandal
6. Energiepolitik

Alle Politiker hatten nur jeweils ca. 90 Sekunden Zeit die Fragen, die die Moderatoren stellten, zu beantworten. Die Politiker sollten so präzise wie möglich und gezielt auf die Fragen antworten und nicht vom Thema abweichen!

Als Moderatorenteam unseres Jahrganges haben Marina Alefi, Roya Söhlbrandt, Arslan Khan, Jan-Henri Kalinowski und Lasse Kelzenberg, durch geschickte und genaue Fragen den Politikern interessante und informative Aussagen entlockt, die für das Auditorium eine Hilfe für die eigene Wahlentscheidung sein konnten. Dabei halfen auch die zwischen die Blöcke gesetzten Informationen über wichtige Streitfragen dieser Wahl, die von Hauke Siemssen aufbereitet und präsentiert wurden.

Am Beginn stand die Bildungspolitik, die eigentlich hauptsächlich in den Aufgabenbereich der Bundesländer fällt und in der von den Parteien gemeinsam z.B. der Ausbau von Ganztagschulen gefordert wird. Damit der Bund in Zukunft die Bildungspolitik stärker mitbestimmen kann, müsste die Verfassung geändert werden. Denn seit einigen Jahren, zur Zeit der großen Koalition, wurde – wie die Podiumsteilnehmer erklärten - ein sogenanntes „Kooperationsverbot“ in das Grundgesetz aufgenommen, durch das die Kompetenzen des Bundes in der Bildungspolitik stark eingeengt wurden.

Für Christian Carstensen, dem Vertreter der SPD, ist klar, dass mehr in die Bildung investiert werden müsse, umso mehr da Deutschland ein rohstoffarmes Land sei und unser Entwicklungspotenzial in den Köpfen und Fähigkeiten der Menschen liege. Katharina Fegebank (Grüne) kritisierte, dass Bildung zu oft vom Geldbeutel der Eltern abhängt und sich viele Familien diese für ihre Kinder nicht leisten könnten. Für Herbert Schulz (Linke) war wie für seine Vorredner klar, dass das Kooperationsverbot aufgehoben werden müsse, damit sich der Bund in Zukunft stärker an der Finanzierung und Förderung bildungspolitischer Maßnahmen beteiligen könne.

Eine kontroverse Diskussion wurde zum NSA-Datenausspähskandal geführt. Dabei geht es um Edward Snowden, der im Mai als Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes NSA (National Security Agency) Dokumente an Reporter der englischen Zeitung „Guardian“ übergab, die der Menschheit die Augen öffneten über den Grad an Überwachung, der in den westlichen Gesellschaften heute herrscht. Diese Geheimdokumente enthüllen, dass die NSA mithilfe von Computerprogrammen (wie z.B. „Prism“), alle möglichen Daten aus dem Internet ausspähten und großflächig die Telekommunikationsverbindungen speichern. Die Vertreter der Oppositionsparteien im Bundestag SPD, Grüne, Linke kritisierten in der Diskussion die unzureichende Aufklärung über den Skandal und seine Folgen für den Datenschutz deutscher Bürger. Es sei, so Christian Carstensen, immer noch nicht geklärt, in welchem Maße durch Prism und andere Ausspähprogramme Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik verletzt worden seien. Dirk Fischer und Sylvia Canel hielten dagegen, dass im Geheimdienstausschuss des Bundestages alle wichtigen Fragen dazu angesprochen und geklärt worden seien und die deutsche Regierung Zusagen der Geheimdienste erhalten hätte, dass diese sich in Zukunft an das deutsche Recht halten würden.

Auch beim Thema Mindestlohn war sich rot-grün (zusammen mit den Linken) einig. „Es geht um die Würde des Arbeitnehmers“, meinte Herr Carstensen und sprach so aus, was alle linken Parteien dazu denken. Frau Fegebank brachte es auf den Punkt, als sie erklärte, dass ein wichtiger Teil der Arbeit darin bestehen würde, auch von ihr leben zu können. Laut rot-grün wäre daher die Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 8.50 Euro nötig, die Linken fordern 10 Euro. CDU/FDP waren hingegen der Ansicht, dass der Staat sich nicht in die Lohnfindung einzumischen habe, sie wollen dies den Tarifpartnern überlassen und allenfalls gesetzlich Lohnuntergrenzen beschließen.

Lediglich in einem Thema zeigten sich alle Politiker einig. Das war die Bedeutung der Europäischen Einigung. Alle Redner waren der Ansicht, dass eine Weiterentwicklung der Europäischen Union erforderlich sei, um den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand der Bürger zu sichern. Auch die ökonomische Bedeutung hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber anderen wirtschaftlich starken und wachsenden Regionen in der Welt wurde in den Beiträgen betont. Der Sprecher der Linken, Herr Schulz, betonte, dass die Schwerpunkte in der Europapolitik anders gesetzt werden sollten, um neben der Wirtschafts- und Finanzunion auch eine Sozialunion zu schaffen, durch die alle Mitgliedsländer von der EU profitierten.

Nach der Diskussion erhielten alle Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit an der Juniorwahl teilzunehmen. Es gab eine richtige Wahlurne, Wahlkabinen und original Stimmzettel, so dass jeder im eigens eingerichteten Wahllokal im Musikraum in einem geheimen Wahlakt unter Aufsicht einer Wahlkommission seine Stimme abgeben konnte.

Zuvor hatte Hauke Siemssen dem 13. Jahrgang noch einmal das Wahlrecht erklärt und auf die Bedeutung der Erst- und Zweitstimme hingewiesen. Der starke Andrang vor dem Wahllokal dokumentierte das starke Interesse der Schülerschaft und der Wahlvorgang konnte reibungslos durchgeführt werden.

Das Ergebnis ist uns noch nicht bekannt, jedoch gehen wir durch Umfragen bei unseren Mitschülerinnen und Mitschülern davon aus, dass die Grünen und die SPD mit Abstand die meisten Stimmen erhalten haben.

Wir sind gespannt wie die Wahl – im Großen und im Kleinen! – ausgegangen ist und lassen uns vom Wahlergebnis überraschen!